



„Frisches“ Geld für die Thüringer Kommunen

Rot-rot-grüne Koalition im Landtag beschließt Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015

Mit den Stimmen der rot-rot-grünen Koalition hat der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 30. April das Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 beschlossen. Mit diesem Gesetz erhalten die Thüringer Kommunen zusätzliche 102,4 Millionen Euro „frisches“ Geld aus Landesmitteln.

„Die Botschaft, welche mit der heutigen Beschlussfassung von diesem Hause ausgeht, heißt: Diese rot-rot-grüne Koalition nimmt Anhörungsverfahren ernst, hört zu und bewegt sich dann auch“, sagte Ralf Kalich, Sprecher für Kommunal Finanzen der Fraktion DIE LINKE, zu Beginn der abschließenden Diskussion im Landtag.

102,4 Millionen Euro kommen aus Landesmitteln

Mit dem jetzt gefundenen Kompromiss erhalten die Thüringer Städte und Gemeinden im Jahr 2015 zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung zu den bisher zugesagten Geldern weitere 24,4 Millionen Euro aus Landesmitteln.

So können die Kommunen in diesem Jahr mit 102,4 Millionen Euro „frischem“ Geld aus Landesmitteln rechnen. In Auswertung der schriftlichen und mündlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 habe sich die Koalition zu diesem Schritt entschieden. Die Koalitionsfraktionen seien sich einig gewesen, insbesondere

Investitionen zu fördern, weshalb die zugesagten Investitionspauschalen für Städte und Gemeinden und die Schulträgerkommunen noch etwas aufgestockt wurden.

Gleichzeitig wird deren Verwendung aber flexibler gestaltet, damit auch klamme Gemeinden das Geld nutzen können. Auch das war eine wesentliche Forderung aus dem Anhörungsverfahren.

Sechs Millionen Euro mehr für Schulinvestitionspauschale

Die zusätzlichen Hilfen des Landes sind durch Entnahmen aus der Rücklage und durch Steuererhöhungen des Landes solide finanziert. Die Kommunen können mit der Änderung auch zusätzliche Mittel für ihren Verwaltungshaushalt bekommen.

Die zentralen Eckpunkte der erfolgten Ergänzungen des kommunalen Finanzpakets der rot-rot-grünen Koalition bestehen in folgenden Punkten:

Die Gesamtmittel, die für die zusätzliche Investitionspauschale für die Städte und Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellt werden, sollen von 30 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro ansteigen.

Damit erhöht sich die je Einwohner zu zahlende Investitionspauschale von 13,88 Euro auf nunmehr 18,51 Euro. Zudem wird auf Anregung des Gemein-

de- und Städtebundes die Verwendung der Mittel flexibler gestaltet. Die geplante Schulinvestitionspauschale wird um sechs Millionen Euro auf 36 Millionen Euro angehoben. Von ihr profitieren insbesondere die Landkreise und die kreisfreien Städte.

„Mit dieser Beschlussfassung hält diese Koalition Wort“

Im Jahr 2015 werden zu den von der schwarz-roten Koalition bereits zugesagten 30 Millionen Euro für ergänzende Bedarfszuweisungen für Haushaltsnotlagegemeinden 18 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wird das Land die hundertprozentige Kofinanzierung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes sicherstellen. Dafür werden ca. 8,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In der Debatte stellte Uwe Höhn, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in Richtung CDU die Frage: „Welche Alternativen haben sie eigentlich aufzuweisen?!“ Damit reagierte er auf die Tatsache, dass die CDU als größte Oppositionsfraktion keine Änderungsanträge im Zuge der Beratungen auf den Tisch gelegt hat.

„Mit der heutigen Beschlussfassung hält diese Koalition Wort und setzt die im Koalitionsvertrag zugesagten Dinge für das Übergangsjahr 2015 um“, betonte Ralf Kalich in seiner Rede abschließend.

Matthias Gärtner

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Flüchtlingsgipfel

Mit dem ersten Thüringer Flüchtlingsgipfel am 23. April in Erfurt ist ein Anfang gemacht, die im Koalitionsvertrag formulierten Ansprüche an eine menschenrechtsorientierte, die Menschen annehmende Flüchtlings- und Integrationspolitik in praktisches Handeln umzusetzen.

Überwältigend waren das große Interesse und die Vielfalt der teilnehmenden Organisationen, Institutionen und engagierten Gruppen. Nun ist die Politik, sind wir als Koalition in der Verantwortung, den Fäden aufzunehmen, die vielen in Thüringen vorhandenen Erfahrungen zu bündeln, aber auch die Anregungen aufzugreifen, die während der Konferenz sowohl von in der Flüchtlingsarbeit praktisch Agierenden als auch aus der Verwaltung und anderen Bereichen eingebracht wurden.

Dass hier meines Wissens erstmals ein so breites Spektrum an Akteurinnen und Akteuren aus den unterschiedlichsten Arbeitsgebieten und Themenbereichen miteinander beraten und voneinander erfahren haben und dabei die unterschiedlichsten Aspekte, die für eine tatsächlich moderne Flüchtlingspolitik eine Rolle spielen, beleuchtet wurden, ist eines der wichtigen Ergebnisse, an die wir anknüpfen können. Wichtig ist, diese ersten Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels öffentlich zugänglich zu machen ebenso, wie die Arbeit in den Arbeitsgruppen unverzüglich fortzusetzen, diese auch für weitere Engagierte und Organisationen zu öffnen und den gesamten Prozess transparent zu gestalten.

Die durch Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung zum Abschluss des Gipfels gezogenen ersten Schlussfolgerungen aus der Diskussion halten wir für richtig als erste Zwischenergebnisse in dem nun gestarteten Prozess der Modernisierung der Thüringer Flüchtlingspolitik.

Dabei die ganz konkreten Erfahrungen und Lebenssituationen zu berücksichtigen, aber auch die Expertise der geflüchteten Menschen einzubeziehen, sie nicht als Objekte, sondern als in dem Prozess selbst auch handelnde Subjekte zu verstehen und agieren zu lassen, wie es eine der Teilnehmerinnen formulierte, ist eine der zentralen Forderungen des Gipfels.

Sabine Berninger ist Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Linksfraktion

AKTUELL

Neonazi-Übergriffe schnell aufklären

Katharina König und Steffen Dittes, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, forderten angesichts der eindrücklichen Berichte von gewalttätigen Übergriffen am 1. Mai in Saalfeld eine zügige und schnelle Aufklärung.

Insbesondere verweisen die beiden Politiker auf den Offenen Brief des Soziologen und Rechtsextremismus-Experte der Uni Jena, Matthias Quent. „Wir nehmen unsere parlamentarische Verantwortung wahr und werden unsere Möglichkeiten nutzen und auf schnellstmögliche Aufklärung drängen. Dies schließt auch die Frage mit ein, wie trotz anderer Einsatzziele etwa 100 Neonazis auf brutalste Weise eine Gruppe junger Menschen angreifen und zum Teil schwer verletzen konnten.“

Die Neonazis sind unbegleitet von Polizei vom Bahnhof in Richtung Stadtzentrum gegangen, obwohl im Stadtzentrum eine Vielzahl von Versammlungen gegen Neonazismus stattfand. In der Saalstrasse, unweit einer Kundgebung der GRÜNEN, schlugen sie gemeinschaftlich mehrere Menschen zusammen.

Mehrere wurden verletzt, zwei Verletzte mussten noch ins Krankenhaus, einer befand sich immer noch u.a. aufgrund einer Gehirnerschütterung und Unterleibsverletzungen in stationärer Behandlung. Laut dem Augenzeugenbericht wurden die Täter im Nachgang durch die Polizei zur Versammlung der neonazistischen Partei „III. Weg“ geleitet.

„Es wird auch zu fragen sein, welche versammlungsrechtlichen Anordnungen

und strafrechtlichen Maßnahmen vor Ort erfolgten. Für uns ist offenkundig, dass durch Versammlungsbehörde und Einsatzleitung gravierende Fehler begangen wurden, die in der Konsequenz Menschen gefährdeten. Es muss ausgeschlossen werden, dass sich Gleichartiges wiederholt“, betonten die beiden Abgeordneten. Katharina König und Steffen Dittes erklärten sich solidarisch mit den Betroffenen.

Es werde gegen mehrere rechtsgerichtete Personen nach Übergriffen in Saalfeld ermittelt, sagte Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) am 4. Mai in Erfurt. Außerdem werde gegen einen 31-Jährigen wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs ermittelt, der in Saalfeld zur Gewalt aufgewiegelt haben soll.

„Ein Dreiklang aus Gestalten, Vorsorgen, Konsolidieren“

Aus der Rede des LINKE-Finanzpolitikers Mike Huster zur ersten Beratung des Haushaltsgesetzentwurfs 2015

Der Entwurf für den diesjährigen Landeshaushalt, den die rot-rot-grüne Landesregierung jetzt dem Landtag vorgelegt hat, war in der Plenardebatte am 30. April von Finanzministerin Heike Taubert begründet und erläutert worden. Er soll jetzt zügig in den parlamentarischen Gremien beraten und vor der Sommerpause verabschiedet werden. Für die Linksfraktion ergriff deren finanzpolitischer Sprecher Mike Huster das Wort.

„Dieser Haushalt ist ein Übergangshaushalt. Er markiert den Einstieg in eine gerechtere Politik in Thüringen. Wir konstatieren einen gesunden Dreiklang aus Gestalten, Vorsorgen und Konsolidieren“, betonte der Abgeordnete.

Er wies die Pauschalkritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring als unsachlich und überzogen zurück und erinnerte an die von der CDU verursachten Schulden für Prestigeprojekte und die Folgekosten von Wahlversprechen.

Teuerstes Finanzdesaster der Nachkriegsgeschichte

Als Beispiele nannte Mike Huster das Sondervermögen „Ökologische Altlasten“ (Stichwort Kali+Salz) – „dieses wird in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich höherer Zuführungen aus dem Landeshaushalt bedürfen: Geld, das wir in anderen Bereichen dringend benötigen. Oder die Finanzierung des Wahlversprechens des damaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus im Bereich Wasser/Abwasser – „wenn nichts geändert wird, werden dafür bis zum Jahr 2030 sage und schreibe 750 Millionen Euro verbraucht, und dann haben wir immer noch 539 Millionen Euro Schulden, also zusammen 1,3 Milliarden Euro. Damit dürften das rein parteipolitisch und wahltaktisch motivierte Versprechen von Althaus und die Umsetzung durch die alleinregierende CDU zum teuersten Finanzdesaster in der deutschen Nachkriegsgeschichte gehören!“

Noch dazu müssten jetzt 25 Millionen Euro für einen weiteren wirtschaftspolitischen Fehlversuch der CDU-Landesregierung vor über 20 Jahren aufgebracht werden: nämlich für die Angelegenheit des CD-Fabrikanten Pilz. „Und ich bin schon sehr gespannt, was uns an Altlasten der CDU-Regierungen, Herr Mohring, noch alles präsentiert wird“, so der LINKE-Politiker weiter. Auf jeden Fall werde Rot-Rot-Grün das Thema „Kassensturz“ noch länger beschäftigen.

Thüringen stehe finanzpolitisch vor enormen Herausforderungen: „Mit dem Auslaufen des Solidarpakts II fehlen uns ab 2020 voraussichtlich 700 Millionen Euro jährlich im Vergleich zu heute. Die EU-Mittel sanken bereits und werden ab 2020 absehbar weniger. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht der Politik

aufgegeben, bis 2019 einen neuen Länderfinanzausgleich zu konzipieren. Die Debatte über die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist also voll im Gange und sehr erheblich für die Frage, welche Spielräume wir ab 2020 gewinnen oder verlieren.“

Und noch ein Fakt, den Mike Huster nannte, muss sehr nachdenklich stimmen: „Im Jahr 2018 werden die Einnahmen aus dem Solidarpakt II dieselbe Höhe haben wie die Ausgaben für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR – nämlich 400 Millionen Euro.“

Wir müssen weg vom Image des Niedriglohlandes

Eine weitere große Herausforderung sei der demografische Wandel. Bis zum Jahr 2020 werden 200.000 Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, auf jemanden zu verzichten und es müsse mehr getan werden z.B. gegen Langzeitarbeitslosigkeit. „Schon im Haushalt 2015 findet sich das neue Programm für Langzeitarbeitslose. Mit dieser Arbeitsmarktpolitik zeigt sich Thüringen als Vorreiter.“ Thüringen müsse weg vom Image des Niedriglohlandes. „Wir brechen mit der verfehlten CDU-Strategie“, betonte Mike Huster. Denn sie führte dazu, dass hier ausgebildete Menschen dann mit ihren Kindern abwanderten. Zudem sei Zuwanderung nötig und der Landesregierung für ihr verändertes Herangehen zu danken.

„Es ist genau richtig, die Frage zu stellen: Wie können aus Flüchtlingen Mitbürger werden, und wir sind froh, dass wichtige gesellschaftliche Akteure wie

die Kammern mitziehen. Wir leisten mit dem Haushalt 2015 unseren Beitrag und hoffen natürlich künftig auch auf ein stärkeres finanzielles Entgegenkommen des Bundes.“

Dann ging der Abgeordnete auf das wichtige Thema der Investitionen im Landeshaushalt ein mit einem Schwerpunkt im Bildungsbereich. „Wir investieren in bessere Schulen und unterstützen die Kommunen. In diesem Übergangsjahr soll es im Rahmen der Hilfe für die Kommunen als Pauschale geschehen, ab 2016 dann mit einem Schulsanierungsprogramm in Höhe von 30 Millionen Euro.“

„Wir halten Wort und wollen, dass das Land Thüringen mit dem Jahr 2015 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Wir verstehen dies als Einstieg in eine andere Personalpolitik und wollen den Aufbau einer Vertretungsreserve als Maßnahme gegen den Unterrichtsausfall. Wir werden die Mittel für eine bessere Finanzausstattung der Schulen in freier Trägerschaft zur Verfügung stellen und wir erhöhen beispielsweise die Grundförderung in der Erwachsenenbildung, insbesondere bei den freien Trägern, und stärken damit das lebenslange Lernen.“

Enttäuschend: CDU-Opposition ohne Änderungsanträge

Für den Kulturbereich verwies der Finanzpolitiker der Linksfraktion u.a. auf das Projektmanagerprogramm, zudem soll Thüringen als Kindermedienland und Medienstandort gestärkt werden. Erwähnt werden müsse auch der in den nächsten Jahren steigende Re-Investitionsbedarf in die Infrastruktur, „das ko-

stet Geld: Sanierungsstau in Brücken, in Straßen und Landesliegenschaften. Das ist auch Volksvermögen, welches gepflegt werden will und wo sich jetzt nach circa 20 Jahren der Bedarf zeigt“.

Was das Konsolidieren im Landeshaushalt betreffe, „gehören der Schuldenabbau und die Betrachtung der Sondervermögen dazu (...) Überschüsse gehen anteilig in die Tilgung alter Schulden und in Sondervermögen und werden in eine Rücklage geführt“. Geld, das eigentlich als Rücklage für die Kommunen gedacht war, hatte der vorherige CDU-Finanzminister Voß „ohne Beschluss der Regierung und ohne Beteiligung des Parlaments komplett in die Tilgung führen wollen. Das war falsch und missachtete das Parlament“. Die Landesregierung hat dieses Geld zurückgeholt und tilgte auch knapp 50 Millionen Euro, „von einem Teil der Rücklage allerdings profitieren viele Thüringer Kommunen“.

Als „sehr enttäuschend“ bezeichnete es Mike Huster, dass die CDU-Opposition keinen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf für den Landeshaushalt stellt. „Noch mehr enttäuschte uns die Begründung des Abgeordneten Fiedler in der mündlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände.“

Er sagte, dass es keinen Sinn mache, Änderungsanträge zu stellen, weil die Mehrheitsverhältnisse eh klar seien. Zum einen zeigt das ein offenbar grenzenloses Vertrauen in uns, dem wir gerne entsprechen wollen. Zum anderen aber: Das haben wir uns nicht mal unter zehn Jahren CDU-Alleinregierung getraut, bei einem wichtigen Gesetz keinen Änderungsantrag zu stellen.“

Übergangshaushalt mit wichtigen Weichenstellungen

Abschließend unterstrich Mike Huster, dass dieser Haushalt „auch immer noch ein Übergangshaushalt mit wichtigen Weichenstellungen“ ist:

- Das Verfahren zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes läuft, das eingesparte Geld soll später die Kindereinrichtungen stärken.

- Die Kommunen erhalten einen dreistelligen Millionenbetrag, die Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs ist mit dem Doppelhaushalt 2016/17 geplant.

- Der Landtag hat der Landesregierung mit seinem Beschluss zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform einen für die Zukunft des Freistaats wichtigen Auftrag gegeben.

- Initiativen zur infrastrukturellen Stärkung der Regionen, wie bei der Mitte-Deutschland-Schienen-Verbindung und der Bildung in den Regionen, wie der avisierten Aufwertung der Berufsakademie Gera-Eisenach, runden unsere Absicht ab, dass es auch unter diesen Aspekten gerechter im Land zugehen soll.

Notwendige Veränderungen wirksam gestalten



Die zweitägige Haushaltsklausur der Landtagsfraktion am 27. und 28. April in den Tagungsräumen des Hotels Krämerbrücke in Erfurt begann mit den Schwerpunkten des dem Landtag zugeleiteten Haushaltsgesetzentwurfs für 2015, der zügig beraten und beschlossen werden soll. Dazu gaben zunächst Ministerpräsident Bodo Ramelow und Finanzministerin Heike Taubert und im weiteren Verlauf Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner sowie Staatskanzleiminister Benjamin Hoff nähere Erläuterungen. Wie die notwendigen Veränderungen im Land unter Rot-Rot-Grün perspektivisch wirksam und nachhaltig gestaltet werden können, dazu wurde in den Diskussionen der Haushaltsklausur der Blick bereits auch auf den Doppelhaushalt 2016/17 geöffnet, dessen Entwurf die Landesregierung im Herbst dem Thüringer Landtag vorlegen will.

8. Mai: „Wer nicht feiert, hat verloren“

Aus der Rede von MdL Katharina König zum 70. Jahrestag der Befreiung

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hatte sich der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 29. April mit dem Thema „70. Jahrestag der Befreiung – Erinnerung, Gedenken, Verantwortung“ beschäftigt. Für die Linksfraktion ergriff Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus, das Wort. Hier Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

„Ein Überlebender des Konzentrationslagers in Theresienstadt hat im Zusammenhang mit den, den Wochen und Monaten vor dem 8. Mai einhergehenden Kämpfen, dank denen wir in Deutschland befreit wurden, gesagt: „Wir weinten vor Freude, als wir den roten Schein am Himmel sahen – Dresden brennt, die Alliierten sind nicht mehr weit. Das war psychologisch ungeheuer wichtig für uns.“

Ich glaube, in diesem Zusammenhang muss man auch die so oft kritisierten Opfer und das Leid derjenigen in Deutschland einordnen, die durch die Angriffe bzw. durch die Verteidigung der Alliierten geschädigt wurden. Natürlich gab es die auch. Aber das Entscheidende ist: Durch die Alliierten ist das Leid von Millionen Menschen jüdischen Glaubens, von Hunderttausenden Sinti und Roma, von Homosexuellen, von Menschen, die einer anderen politischen Überzeugung waren, beendet worden.

Der 8. Mai kennzeichnet somit das Ende der historisch singulären, barbarischen Negation der Zivilisation, nämlich des von Deutschland ausgehenden systematischen, industriellen und staatlich organisierten Massenmordes. Er kennzeichnet nicht nur das Ende der Schoah, das Ende der Vernichtung eines ganzen Volkes in den Konzentrationslagern, das Ende des Dritten Reiches. Insofern möchten wir anlässlich des 8. Mai und am 8. Mai der Opfer der nationalsozialistischen

Schreckensherrschaft gedenken, aber wir möchten auch danken, und zwar denjenigen danken, die Widerstand geleistet haben; seien es die Partisanen in den europäischen Ländern, seien es die Menschen in Deutschland, die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die deutschen Jüdinnen und Juden – all diejenigen, die sich in den Jahren vor dem 8. Mai 1945 zur Wehr gesetzt haben und versucht haben, das nationalsozialistische Regime zu beenden.

Laut dem Präsidenten des Thüringer Landtags, Herrn Carius, ist der 8. Mai angesichts des millionenfachen Leids kein Grund zum Feiern für Deutsche. So hat er es zumindest in einem Brief an Susanne Hennig-Wellsow, unsere Fraktionsvorsitzende, geschrieben. Ich sage: Das stimmt nicht. Der 8. Mai ist auch für uns ein Tag zum Feiern. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Feiern natürlich die Erin-

nerung, das Gedenken, die Verantwortungsübernahme für das, was unsere Väter, unsere Großväter getan haben, mit beinhaltet. Aber, ja, wir feiern. Wir feiern den 8. Mai als Tag der Befreiung und wir müssen angesichts des aktuellen Neonazismus hier in Thüringen, wie er uns an diesem Wochenende bevorsteht, definitiv auch ins Handeln kommen, dass viele an diesem Wochenende mithandeln. Wir möchten Danke sagen, danke, thanks, spasibo, merci an die Alliierten, an die Partisanen, an diejenigen, die uns befreit haben vom nationalsozialistischen Regime, und wir möchten auch sagen: Wer nicht feiert, hat verloren. Insofern hoffe ich, dass es am 8. Mai viele Befreiungsfeiern hier in Thüringen gibt. Und wir werden uns in der Koalition dafür einsetzen, dass der 8. Mai eine würdige Form des Erinnerns, des Gedenkens und des Handelns erhält. ■

„Toleranz“ bei Mai-Demonstrationen

Margit Jung (Fraktion Die Linke) und Uwe Höhn (SPD-Fraktion), die beiden Landtags-Vizepräsidenten, hatten am 30. April die Thüringer aufgerufen, am 1. Mai klare Zeichen gegen Rechtsextremismus, Faschismus und alle Formen von Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Sie zeigten sich empört, dass Neonazis die Mai-Feiern missbrauchen, um an verschiedenen Orten Thüringens aufzumarschieren. „Der diesjährige 1. Mai lässt sich angesichts diverser Neonazi-Aufmärsche nicht auf den Tag der Arbeit und die damit verbundenen friedlichen Demonstrationen reduzieren – leider!“, sagte Uwe Höhn. Margit Jung ergänzte: „Mit seinem gestrigen verschwurbelten Aufruf zur ‚Toleranz bei Maidemonstrationen‘ hat sich der Landtagspräsident um klare Worte gedrückt.“ Politik und Zivilgesellschaft seien aber gerade in diesen

Tagen aufgerufen, unmissverständlich Stellung zu beziehen gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz. „Auch wir hoffen, dass die Maifeiern friedlich bleiben, auch wir sind für Toleranz und gegenseitigen Respekt. Und natürlich wissen wir das Versammlungsrecht zu schätzen, das 1989 so mühsam errungen wurde. Das entbindet uns Bürgerinnen und Bürger allerdings nicht von der Pflicht, gerade in diesen Zeiten gegen Neonazis Gesicht zu zeigen.“ Jung und Höhn erinnerten daran, dass Carius' Vorgänger in dieser wichtigen Frage hier immer klar Stellung bezogen hätten – gemeinsam mit den Landtagsfraktionen. „Umso besser ist es, dass Landtagspräsident Carius die Dinge jetzt klargestellt hat“, betonten die beiden Politiker mit Verweis auf seine kurz zuvor herausgegebene korrigierte Presseinformation. ■

VON A BIS Z:

Fracking

„Es ist gut, dass die Thüringer Umweltministerin, Anja Siegesmund, so klare Worte zum ‚Fracking-Gesetz‘ gefunden hat“, betonte der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion, Tilo Kummer.

„Ausdrücklich unterstützen wir die Forderung nach einem grundsätzlichen Verbot der Fracking-Technologie. Im Übrigen ist dies bereits seit Jahren unsere Position, weil wir die Risiken für Menschen und Umwelt für unkalkulierbar halten. Wenn ‚Fracking zu Erkundungszwecken‘, wie es auf Bundesebene beabsichtigt ist, zugelassen werden soll und darüber hinaus auch kommerzielle Nutzung ab einer Tiefe von 3.000 Metern dann möglich sein soll, wenn eine Expertenkommission auf Landesebene Fracking in der jeweiligen geologischen Formation als unbedenklich einstufte, dann handelt es sich hier „um die Zulassung einer hochbedenklichen Risikotechnologie durch die Hintertür“, sagte Tilo Kummer.

Die LINKE sei sich auch der Unterstützung von Bürgerinitiativen in Thüringen sicher. Auf deren Bestreben hin findet jetzt zusammen mit den drei regierungstragenden Fraktionen ein Fachgespräch zum Fracking-Gesetzentwurf statt, bei dem gemeinsame Positionen gegen das Gesetz entwickelt werden sollen.

„Fracking ist überflüssig. Eine wirklich nachhaltige Energiewende findet dezentral, mit erneuerbaren Energiequellen und unter maximaler Schonung der Natur statt“, bekräftigte der Abgeordnete. ■

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 27. bis 29. Mai sowie vom 17. bis 19. Juni statt.

Diskussionsveranstaltung:

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) lädt die Linksfraktion am Mittwoch, den 20. Mai, 17 bis 20 Uhr in den Thüringer Landtag, Raum 440 ein.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Arbeitsförderung

Die von der Landesregierung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit angekündigten Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Thüringen bezeichnete MdL Ina Leukefeld, als „einen Schritt in die richtige Richtung, damit Langzeitarbeitslose und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen künftig aktiver am Erwerbsleben teilhaben können. So können sie sinnvolle Tätigkeiten zu verrichten, die derzeit oft nicht geleistet werden, weil den Kommunen das Geld fehlt. Vor allem ältere Langzeitarbeitslose warten schon lange auf eine Förderung. Für die notwendige Umwandlung von Hartz-IV-Leistungen muss gegen die Weigerung des Bundesfinanzministers vorgegangen werden.“ ■

Bibliotheken

„Damit die Bibliotheken ihren Bildungs- und Kulturauftrag erfüllen können, bedarf es einer stabilen Finanzierung und Vernetzung landesweit“, so Katja Mitteldorf. Dabei sei die Anbindung aller Bibliotheken an das ThürBibNet (Thüringer Onlinebibliothek) gerade für kleine und ländliche Gemeinden wichtig. Mit Verweis auf den Koalitionsvertrag sagt die LINKE-Abgeordnete: „Die Bibliotheksentwicklungsplanung soll in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zeitnah vorangetrieben und das Angebot der Thüringer Onlinebibliothek ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, eine Landeslizenz zu erwerben, die es allen Bibliotheken ermöglicht, an das ThürBibNet angeschlossen zu werden.“ ■

Lutherweg

„Auf 1010 Kilometern wird die Reformationsgeschichte für Wandernde erfahrbar. Das ist ein wirklich guter Auftakt zum touristischen Höhepunkt 2017, wenn wir 500 Jahre Reformation und den Deutschen Wandertag in Eisenach begehen werden“, so der Tourismuspolitiker der Linksfraktion Knut Korschewsky zur Eröffnung des Lutherwegs am 4. Mai in Eisenach. Mit Verweis auf den jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf begrüßte er es, dass „die neue Landesregierung ein deutliches Zeichen zur finanziellen Unterstützung des Tourismus in Thüringen gesetzt hat. Es ist gerade mit Blick auf das Jahr 2017 umso wichtiger, auch um den positiven Trend des letzten Jahres fortzusetzen.“ ■

KURZ UND PRÄGNANT

Keine Erhöhung der VS-Ausgaben

Vorwürfe des innenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion hat der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes zurückgewiesen. „Weder gibt es einen Koalitionsstreit, noch besteht in irgendeiner Form ein Defizit in Fragen der öffentlichen Sicherheit. Das Gegenteil ist der Fall. Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Thüringer Landesamt für den Verfassungsschutz hat die rot-rot-grüne Koalition eine umfassende Reform des institutionalisierten Verfassungsschutzes verabredet, die nun schrittweise umgesetzt wird. Dazu gehören der grundsätzliche Verzicht auf das gefährliche Instrument der V-Leute und das Ende des Einsatzes von nachrichtendienstlichen Mitteln allein aufgrund politischer oder religiöser Einstellungen. Auch wird künftig ausgeschlossen, dass im Zuständigkeitsbereich der Polizei und der Staatsanwaltschaften das Amt für Verfassungsschutz mit geheimdienstlichen Mitteln parallel und unkontrollierbar ermittelt.“

Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, die personelle und sachliche Ausstattung des Amtes für Verfassungsschutz an die sich verändernde Aufgabenbeschreibung und -begrenzung anzupassen. „Das heißt eindeutig, dass es keine Mehrung der Ausgaben und der Ausstattung für den Geheimdienst geben wird, auch wenn dies scheinbar noch nicht alle im Amt realisiert haben“, so Steffen Dittes. ■

Runder Tisch für Geburt und Familie

Anlässlich des Internationalen Hebammentages am 5. Mai, der unter dem Motto stand „Hebammen für eine bessere Zukunft“, erinnerte die Gleichstellungs- und Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, an die nach wie vor kritische Situation bei den freiberuflichen Hebammen durch die hohen Haftpflichtprämien und jetzt die Weigerung der Krankenkassen, Hausgeburten unter bestimmten Kriterien nicht mehr bezahlen.

Eine Studie des Instituts für Gesundheits- und Sozialforschung zur Situation der Thüringer Hebammen werde in Kürze abgeschlossen und die Landesregierung werde die Ergebnisse vorlegen. „Der Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün macht deutlich, welch hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Berufsstand der Hebamme hat.“ Jetzt werde durch das Sozial- und Gesundheitsministerium ein Runder Tisch für Geburt und Familie in Thüringen ins Leben gerufen. ■

Für eine möglichst umfassende Aufklärung

Neuer NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag hat sich konstituiert

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag am 22. April erklärte Katharina König, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss: „Das im letzten Jahr gegebene Versprechen, weiter intensiv an der Aufklärung des NSU-Komplexes zu arbeiten, wird nun aus Thüringen mit der Einsetzung eines weiteren NSU-Untersuchungsausschusses eingelöst.“

„Ob es gelingt, damit auch dem Verlangen der Opferangehörigen nach Antworten gerecht zu werden, wird sich in der kommenden Arbeit des Ausschusses zeigen. Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE werden sich mit allen Möglichkeiten dafür einsetzen“, so die Abgeordnete weiter.

Der Untersuchungsausschuss trägt die Kurztitel „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ und ausführlich lautet seine Bezeichnung: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU“. Außer Katharina

König gehören von der Linksfraktion dem Ausschuss die Abgeordneten Steffen Dittes und Dieter Hausold als Mitglieder an. Vorsitzende des Ausschusses ist die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx.

Im neuen Untersuchungsausschuss muss es aus der Warte der Linksfraktion insbesondere darum gehen, neben den konkreten Themen, wie dem Ablauf des 04.11.2011 in Eisenach und dem Mord an der Thüringer Polizistin Michele Kiesewetter, vor allem die Aufklärungsarbeit zum NSU-Unterstützernetzwerk sowie Kenntnisse der Sicherheitsbehörden dazu zum Schwerpunkt zu machen.

In der Gesellschaft verankerten Rassismus thematisieren

„Inzwischen ist klar, dass dem 'Trio' umfangreiche Hilfe aus dem Umfeld der Kameradschaften und insbesondere der 'Blood and Honour'-Bewegung zuteil geworden ist. Das Bundeskriminalamt spricht von mehr als 200 NSU-Unterstützern, unter denen sich laut Nebenklage-Anwälten im Münchner NSU-Prozess 42 V-Leute diverser Verfassungsschutzbehörden befinden“, betonte Katharina König.

Zusätzlich bedürfe es auch der Befassung mit dem Komplex der „Organisierten Kriminalität“ und seinen möglichen Verbindungen in das Unterstützernetz-

werk des NSU. Aber auch Fragen und Themenkomplexe, zu denen der Untersuchungsausschuss der letzten Legislatur zu scheinbar abschließenden Ergebnissen gekommen war, seien durch neue Entwicklungen im Münchener NSU-Prozess erneut in den Blick zu nehmen.

Erschreckend sei zudem das Ausmaß der Verharmlosung von Neonazis und V-Leuten im NSU-Prozess, welche mit vermeintlich fehlender Erinnerung, bewussten Lügen oder gar Verharmlosung der Aufklärung im Prozess entgegenwirken. „Neonazis erfahren vor Gericht, dass ihr Verhalten keinerlei Konsequenzen nach sich zieht und erhalten in ihrer Szene dafür Anerkennung. Dies trägt letztlich zu einer gefährlichen Stärkung weiterhin in Deutschland bestehender militanter Neonazi-Strukturen bei“, so die LINKE-Politikerin. Eines der maßgeblichen Probleme könne jedoch weder im neuen Untersuchungsausschuss, noch im Prozess alleine bearbeitet werden.

„Eine möglichst umfassende Aufklärung benötigt das Engagement aller – von parlamentarischen Ausschüssen über die Aufklärung im NSU-Prozess hinaus sei insbesondere die Zivilgesellschaft gefragt, um den in der Gesellschaft und ihren Institutionen verankerten Rassismus zu thematisieren und gegen diesen vorzugehen“, sagte die Abgeordnete abschließend. ■

Sollen Politiker die Sozialen Netzwerke nutzen?

Die Sozialen Netzwerke (oder Social Media) gewinnen innerhalb des sich rapide wandelnden Mediensystems auch für die politische Kommunikation immer stärker an Bedeutung (allein Facebook hat 28 Millionen Nutzer in Deutschland). Wahlkämpfe werden zunehmend im Web geführt und möglicherweise bald dort entschieden. Inzwischen nutzen 92 Prozent der Bundestagsabgeordneten Facebook und mehr als 50 Prozent den Kurznachrichtendienst Twitter. Doch auch die Risiken sind nicht zu unterschätzen.

In seinem Sachbuch „Facebook, Twitter Co. Soziale Netzwerke – eine Einführung (nicht nur) für Kommunalpolitiker“ widmet sich Stefan Wogawa nicht nur der Frage, ob (Kommunal-)Politiker überhaupt in diesen Netzwerken aktiv werden sollen. Er stellt die wichtigsten Netzwerke vor, erläutert, welche Kommunikationstypen für Politiker relevant sind (Unterscheidungskriterium ist hier das Verhältnis zwischen sachlichen und persönlichen Elementen in den mitgeteilten Inhalten), benennt Grundregeln (Transparenz, Authentizität, Kontinuität, Ehrlichkeit), macht Vorschläge für den Umgang mit Kritik, warnt vor schlechter Praxis und gibt in einem Exkurs Hinweise zur Daten- und Computersicher-



heit. Grundlage des Buches sind Seminare, die Stefan Wogawa, seinerzeit Onlineredakteur, für Wahlkreismitarbeiter/-innen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag durchgeführt hatte.

Er illustriert seine Darstellung mit anschaulichen Beispielen aus der Praxis, viele davon mit Thüringen-Bezug. Gerade die Darstellung von schlechter Praxis (sie reicht vom unprofessionellen Agieren über Polit-Autismus und

Sexismus bis zur Pöbelei) wartet mit handfesten Schnitzern auf, die es zu vermeiden gilt. Dabei kommt das Buch nicht staubtrocken daher, sondern durchaus mit einem Augenzwinkern. Das wird schon am einleitenden Zitat deutlich, das von der Zeichentrickfigur Homer Simpson stammt: „Das Internet? Gibt's den Blödsinn immer noch?“

Erschienen ist das Buch im THK Verlag, herausgegeben wird es vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. (Kopofor). Es ist aber, wie der Untertitel sagt, nicht nur für Kommunalpolitiker gedacht. Und die Frage, ob Politiker die Netzwerke nun nutzen sollen?

„Im Prinzip gibt es darauf zwei Antworten“, schreibt Wogawa. Die sind: Ja, denn die Netzwerke multiplizieren eigene Stellungnahmen und machen sie einem großen Kreis von Interessenten zugänglich, sowie Nein, denn die notwendige Authentizität in den Sozialen Netzwerken erfordert Zeit, Aufwand und persönliche Exponierung.

A.R.

Stefan Wogawa: Facebook, Twitter & Co. Soziale Netzwerke – eine Einführung (nicht nur) für Kommunalpolitiker, 72 Seiten, THK Verlag, ISBN 97839450680038, 5,90 Euro

DAS THEMA

Mit einer Million Diäten-Euro geholfen

Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Alternative 54 e.V.“ in der Erfurter Staatskanzlei

Am 27. April konnte die Alternative 54 Erfurt e.V. ihr 20jähriges Jubiläum begehen. Der Ministerpräsident, langjähriges Mitglied des Vereins, hatte Mitglieder und Gäste zur Jubiläumsveranstaltung in den Barocksaal der Staatskanzlei eingeladen.

Nach Eröffnung durch die Vorsitzende des Vereins, MdL Diana Skibbe, kamen der Ministerpräsident Bodo Ramelow und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag Dr. Gregor Gysi zu Wort. Bodo Ramelow betonte, dass ihn diese Veranstaltung mit Stolz und Freude erfülle. Der Verein habe sich in den 20 Jahren seines Wirken in die Gesellschaft hinein hervorragend entwickelt. Es sei gut angelegtes Geld, dort zu helfen, wo andere sich ehrenamtlich engagieren. Die enorme Summe von einer Million Euro ist seither in Form von Projektförderung in die soziale Infrastruktur Thüringens geflossen. Dabei sei bei der Gründung des Vereins nicht vorstellbar gewesen, dass nun der 20. Geburtstag in der Staatskanzlei gefeiert werden könne, sagte der Ministerpräsident.

Gregor Gysi bekräftigte, sowohl die Gründung als auch die Entwicklung der Alternative 54 Erfurt e.V. seien beispielhaft für die LINKE in den anderen



Länderparlamenten und im Bundestag, wo die Fraktion einen ähnlichen Verein gegründet hat. Manchmal könne man „mit kleinen Beiträgen schon große Hilfe leisten“

Die bewegendeste Festrede von Ministerin Dr. Birgit Klauert stand unter den Worten von Mahatma Gandhi: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Als Gründungsmitglied des Vereins legte sie dar, dass die Mitglieder der damaligen PDS-Fraktion nicht nur mit

nicht um mildtätige Gaben, sondern der Verein habe den Anspruch, mit den Spenden - in den 20 Jahren durchschnittlich an jedem dritten Tag eine - „kontinuierlich und zuverlässig zu helfen“.

Die Ministerin erinnerte, wie die Fraktion, der sie damals als Vorsitzende vorstand, für eine Diätenregelung, die sich an den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Menschen in Thüringen orientiert, gekämpft hatte. Die von der PDS geführte Klage vor dem Landesverfassungsgericht war nicht erfolgreich, aber wenigstens konnten die großzügigen Altersentschädigungen für Abgeordnete korrigiert werden. Sie habe „den Verdacht“, so Birgit Klauert weiter, „dass wir hier feiern können, hat auch mit der Alternative 54 zu tun“. Sie „konterkariert die Selbstbedienungsmetalität auch von Politikern“. Schließlich nutzte die Ministerin die Gelegenheit, um mit Verweis auf die akribische Bearbeitung von insgesamt mehr als 2.700 Anträgen an die Alternative der Fraktionsmitarbeiterin Maria Funke zu danken: „Alles, was an Spenden in den Verein hineingeht, geht genauso wieder heraus - so konnten insgesamt eine Million Diäten-Euro sozusagen 'sozialisiert' werden.“

Worten gegen die unsoziale Selbstbedienungsmetalität vorgehen wollten, sondern durch konkretes Handeln. Dabei gehe es

Langjährige engagierte Vorsitzende und Mitglieder Alternative 54 e.V. wurden auf der Festveranstaltung in der Staatskanzlei geehrt. Zu ihnen gehörten u.a. Konrad Scheringer (Foto links) sowie Klaus Höpcke, Cornelia Nitzpon und Heidrun Sedlacik (Foto rechts).



Weitere „alternative“ Spenden übergeben

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden durch die Vorsitzende des Vereins, Diana Skibbe, an zwölf Vereine und Verbände Zuwendungsschecks übergeben.:

- Frauenselbsthilfe nach Krebs e.V., SHG Neustadt (Orla) und Triptis für die Durchführung eines Informationstages zu Diagnose und Therapie
- Volkssolidarität, Kreisverband Gotha, für Literaturprojekt „Erkennen, wie Kunst und Wachstum“
- Sportplatzverein Eichenberg e.V. für Gedenktafel zur Erinnerung an den Todesmarsch der Häftlinge des KZ Buchenwald durch das Dorf
- Schulförderverein Regelschule 25 Erfurt für Durchführung eines Projektstages „Tag der Medienkompetenz“
- Stiftung Rehabilitationszentrum Thüringer Wald für die Teilnahme von

neun geistig behinderten Sportlern an den Special Olympics in Inzell

- Evangelisches Jugendhaus Shalom Gera für eine Jugendbildungsfahrt nach Auschwitz und Krakau (s. Foto)
- Jonastalverein GTGJ e.V. Arnstadt für die würdige Wiederherrichtung der Anlage nach der Schädigung der KZ-Gedenkstätte zu Beginn des Monats
- Freie Bühne Jena e.V. für ein Theaterprojekt mit Kindern und Jugendlichen „Tanz der Vampire“
- Freunde der Musikschule „Ottmar Gerster“ Weimar e.V. für ein Gedenkonzert „70. Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald“
- Gehörlosensportverband Thüringen e.V. Erfurt für die Durchführung einer Sportveranstaltung „Jubiläums-Gehörlosen-Cup“



- Freundeskreis GOLDENER SPATZ e.V. Gera für einen medienpädagogischen Workshop mit Kindern „Gera Tag & Nacht - Ist das das wahre Leben“

- Karneval Club Kloster e.V. Bad Salzungen für die Durchführung einer Ferienfreizeit für die 60 aktiven Kinder und Jugendlichen im Verein

Einsatz für Bürger in sozialen Notsituationen

Engagierte Arbeit der LINKE-Mitglieder im Petitionsausschuss des Landtags

Engagierte Arbeit leisten die Mitglieder des Petitionsausschusses unserer Fraktion, so eine erste Bewertung der Tätigkeit nach vier Monaten durch die Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, Anja Müller.

Auch Ronald Hande als Neuer im Petitionsausschuss (PetA) hat seine erste Beratung bravourös gemeistert. Diana Skibbe als unser Mitglied mit dem reichsten Erfahrungsschatz im PetA gibt ihr Wissen an die anderen Mitglieder weiter. Und unser Team arbeitet immer besser zusammen. Dass wir gut vorbereitet in die Beratungen gehen, ist selbstverständlich und ist das, was die Petentinnen und Petenten auch von uns zu Recht erwarten können. Unser spezifischer linker Ansatz besteht darin, dass wir immer die Menschen hinter der Petition sehen und überlegen, wie wir mit ihnen gemeinsam eine vernünftige Lösung erreichen.

Hervorzuheben ist besonders unser Einsatz für Bürgerinnen und Bürger in sozialen Notsituationen. Wir klären im Vorfeld ab, wie ihnen konkret geholfen werden kann, schauen, ob Behörden und Ämter in notwendigem Maße gehandelt haben. Ebenso sind wir vor Ort im Gespräch mit den Petenten und auch unterstützend tätig. Gegebenenfalls bleiben wir über mehrere Sitzungen des Petitionsausschusses nahe beim Petenten und seinem Anliegen. An dieser Stelle sei Diana Skibbe gedankt, deren nicht zuletzt beharrli-



chem Wirken zu verdanken ist, dass mit Hilfe des Petitionsausschusses einem jungen Menschen wieder eine Lebensperspektive und die Sicherung seiner sozialen Existenz gewährleistet werden konnte.

Nach weiterer Beratung mit den Koalitionsvertretern wird auch im Ausschuss für die Petentinnen und Petenten eine Lösung gefunden. Besonders freuen wir uns, wenn auf unseren Druck hin Zuwendungen aus dem Härtefonds beschlossen werden.

Zwei Beispiele: So konnte sich im Ergebnis der letzten Sitzung des Petitionsausschusses eine kinderreiche Familie über Gelder für eine dringend benötigte Waschmaschine freuen. Einer anderen einkommensschwachen Pe-

tentin wurde ein Zuschuss für die Kosten eines angeordneten Hausanschlusses an den Abwasserkanal gewährt.

„Diese Beispiele verdeutlichen unseren Ansatz für die Arbeit im Petitionsausschuss: verantwortungsbewusst, engagiert, nah an den Menschen und lösungsorientiert“, sagt Anja Müller und betont: „Links wirkt auch hier“.

Maria Funke

Foto: (v.l.) Die LINKE-Abgeordneten im Petitionsausschuss Ronald Hande, Ute Lukasch, Anja Müller, Frank Kuschel und Diana Skibbe.

Zum Girl'sDay in die Linksfraktion

Auch in diesem Jahr hatte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag anlässlich des Girls'Day (Mädchen-Zukunftstag) ihre Türen für an Politik interessierte Mädchen (und Jungen) geöffnet. Der Aktionstag, der alljährlich am 23. April stattfindet, dient dem Kennenlernen von interessanten Ausbildungsberufen und Studienrichtungen.

„Für die LINKE ist der Girls'Day eine weitere und gute Gelegenheit, in Gesprächen mit LandespolitikerInnen Mädchen, aber auch Jungen, zu sensibilisieren für die Themen Chancengleichheit und Geschlechtergleichstellung. Dabei gehen die rot-rot-grüne Landesregierung mit ihren fünf Ministerinnen und die Landtagsfraktion mit ihren Abgeordneten (14 Frauen, 14 Männer) sowie der Fraktions- und Parteivorsitzenden mit gutem Beispiel voran“, betonte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Der Tag begann für die Mädchen, die aus verschiedenen Regionen Thüringens kamen, am Morgen mit einem parlamentarischen Frühstück im Käte-



Duncker-Fraktionssitzungsraum. Dabei erläuterte der Geschäftsführer der Fraktion, Dirk Möller, die Abläufe im Thüringer Landtag sowie die Struktur und Arbeitsweise der Fraktion DIE LINKE. Es schloss sich ein Gespräch bei der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Margit Jung (LINKE), an, bevor es ins Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ging, wo es ein Treffen mit Sozialministerin Heike Werner gab.

Durch wiederholte Teilnahme am Mädchen-Zukunftstag engagieren sich Unternehmen und Einrichtungen verstärkt vor allem bei der Ansprache junger Frauen für technisch-naturwissenschaftliche Berufe.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Weimarer Narrhalla!

Christoph Stölzl, den Präsidenten der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar, plagt (mindestens) ein Problem. Und das wohl so arg, dass er sich am 25. April in der Thüringer Allgemeinen, die ihn auf der Kulturseite eine Kolumne („Stölzl“) schreiben lässt, heftig (heiße) Luft machte.

Stölzl möchte demnach, dass Weimar endlich wieder ein Reiterdenkmal von Großherzog Carl Alexander (1818-1901) bekommt. Derzeit steht nur ein leerer Sockel auf dem Goetheplatz. Das Denkmal selbst wurde 1946 demontiert – sicher nicht ganz fein, aber nach dem Krieg hatte man es nicht so mit den Fürsten.

Doch Stölzl fabuliert in seinem Text noch über einen „Prinz Michael“, der wohl kurz vorher vom Weimarer „Undank“ gegenüber seinen fürstlichen Wohltätern gezetert haben muss.

Prinzen gibt es in Deutschland (glücklicherweise) nur zu Fasching. Darüber hinaus wurde der Adel mit der Verfassung vom August 1919 abgeschafft. Gerade diese Nebensächlichkeiten muss dem promovierten Historiker Stölzl, als Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur Mitglied der im Berliner Bankenskandal sang- und klanglos untergegangenen dortigen Landesregierung (und vormaliger CDU-Landesvorsitzender in Berlin), wohl entgangen sein. Das war übrigens ausgerechnet die Verfassung der – was für ein Zufall – Weimarer (!) Republik (!). Es gibt also keinen „Prinz Michael“, sondern (schlimm genug) nur einen Michael Prinz von Trallala (alte Adelsbezeichnungen dürfen ab 1919 – leider – als Teil des Nachnamens verwendet werden).

Zu republikanischem Stolz kann man keinen Universitätspräsidenten zwingen. Und für Stölzl gilt auch beim Produzieren von Unsinn die grundgesetzliche Wissenschaftsfreiheit. Die Narrenfreiheit ohnehin. Selbst wenn er sich zum Weimarer Hofnarren macht.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.